

Diskussion

Anatol Stefanowitsch*

Replik auf Clemens Knobloch

Reply to Clemens Knobloch

<https://doi.org/10.1515/zgl-2018-0026>

Da die Argumentation meines Essays *Eine Frage der Moral: Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen* sich aus Knoblochs Replik nicht unbedingt erschließen lässt, sei sie zu Beginn kurz in Form von fünf Thesen zusammengefasst:

1. Sprechen ist Handeln und als solches einer moralischen oder wenigstens praktisch-ethischen Bewertung zugänglich.
2. Diskriminierende Sprache lässt sich mittels einer sprachbezogenen Variante der negativ formulierten Goldenen Regel identifizieren: „Stelle andere sprachlich nicht so dar, wie du nicht wollen würdest, dass man dich an ihrer Stelle darstelle.“ Die Verwendung sprachlicher Ausdrücke, die dieser Regel nicht genügen, ist ein Verstoß gegen ein grundlegendes moralisches Prinzip.
3. Bei der Suche nach nicht-diskriminierenden Alternativen hilft eine sprachbezogene Variante der positiv formulierten Goldenen Regel: „Stelle andere sprachlich so dar, wie du wollen würdest, dass man dich an ihrer Stelle darstelle.“
4. Der Perspektivwechsel, den die Goldene Regel erfordert, ist besonders für Mitglieder strukturell privilegierter Gruppen nicht aufgrund der eigenen Vorstellungskraft zu leisten. Er kann nur unter Einbeziehung der Aussagen von Mitgliedern strukturell diskriminierter Gruppen gelingen.
5. Das liegt unter anderem daran, dass die Diskriminierung im System und im Gebrauch des Deutschen (und anderer Sprachen) strukturell angelegt ist: Während es für diskriminierte Gruppen ein umfangreiches Repertoire stark herabwürdigender Ausdrücke (z. B. Ethnophaulismen) und Gebrauchsmustern (z. B. das generische Maskulinum) gibt, finden sich solche herabwürdigenden Ausdrücke für strukturell privilegierte Gruppen kaum.

*Kontaktperson: Prof. Dr. Anatol Stefanowitsch: Institut für Englische Philologie und Interdisziplinäres Zentrum Europäische Sprachen, Freie Universität Berlin, Habelschwerdter Allee 45, D-14195 Berlin, E-Mail: anatol.stefanowitsch@fu-berlin.de

Knobloch stellt in seiner Replik zunächst infrage, dass die Forderung nach einer nicht-diskriminierenden (landläufig: „politisch korrekten“) Sprache tatsächlich durch moralische Prinzipien motiviert ist.

Letztere sieht er, inhaltlich weitestgehend Pfaller (2017) folgend, als „diskurspolitische Machtpraktik“ einer „Trägerschicht“ des „progressiven Neoliberalismus“. Wie und wozu diese hypothetische Machtpraktik einer hypothetischen neoliberalen Elite dienen soll, bleibt dabei diffus. Pfaller (2017) sieht darin im Wesentlichen einen Versuch, materiell ausgebeutete Gruppen diskursiv zu entzweien und von ihrer materiellen Ausbeutung abzulenken. Knobloch scheint außerdem davon auszugehen (seine Diskussion von universitären Stellenausschreibungen deutet das zumindest an), dass mit dieser hypothetischen Praktik auch VertreterInnen bestimmter politischer Meinungen von akademischen Karrierewegen ausgeschlossen werden sollen.

Diese These ist schon bei Pfaller (2017) fragwürdig, und sie wird bei Knobloch nicht plausibler: Die AkteurInnen eines wie auch immer definierten Neoliberalismus sind schlicht nicht diejenigen, die eine politisch korrekte Sprache einfordern. Knobloch nennt den Slogan „Refugees Welcome“ als Beispiel für seine These, da dieser die „sprachliche Begleitmusik einer verschärften Abschtungs- und Abschiebep Praxis“ gewesen sei. Der Slogan wurde aber nie von der Regierung verwendet, die für diese Abschiebep Praxis verantwortlich ist, sondern von AktivistInnen, die sich diesen Abschiebungen – oft im Wortsinne – in den Weg gestellt haben.

Selbst, wenn Pfaller und Knobloch recht hätten, würde das die Thesen meines Essays nicht infrage stellen – das Essay befasst sich nicht mit dem (tatsächlichen oder unterstellten) Handeln derer, die in der Praxis für eine nicht-diskriminierende Sprache einfordern, sondern es skizziert, wie eine solche Forderung sich moralphilosophisch begründen lässt.

Knoblochs Replik liefert aber – direkt oder indirekt – auch potenzielle Argumente gegen diese Thesen selbst, auf die ich im Folgenden grob in der Reihenfolge eingehen werde, in der sie sich auf die o. g. fünf Thesen beziehen lassen.

Erstens bezweifelt Knobloch, dass sich Sprachgewohnheiten verändern lassen. Wenn er damit recht hätte, würde das die Thesen 1–3 vielleicht nicht grundsätzlich entkräften, es würde ihnen aber von vornherein die praktische Relevanz nehmen (und damit implizit die Auffassung stützen, Forderungen nach Veränderungen des Sprachgebrauchs seien nur vorgeschoben). Ich sehe aber keinen Grund, an der Veränderbarkeit des Sprachgebrauchs zu zweifeln. Knobloch führt als Beleg die Rechtschreibreform von 1996 und die ablehnenden Reaktionen darauf an. Allerdings ist festzustellen, dass die Kernelemente dieser Reform (etwa die ss/ß-Schreibung) sich in der Folge flächendeckend und ohne anhaltende Kontroversen durchgesetzt haben. Auch die Diskussion um nicht-dis-

kriminierende Sprache hat den Sprachgebrauch bereits verändert. Das N-Wort, in den 1970er Jahren noch verbreitet, hört und liest man heute tatsächlich außerhalb von Diskussionen um Kinderbücher kaum noch, das Wort *Asylant* nur noch bei älteren Menschen und Rechtsradikalen. Geschlechtergerechte Formulierungen, die anfangs belächelt wurden (z. B. *Studierende*), haben sich unauffällig ins Sprachsystem eingefügt, und die Zustimmung zu geschlechtergerechten Schreibweisen steigt mit sinkendem Alter – ein Hinweis darauf, dass hier eine Veränderung im Gange ist. Ich würde also die Fähigkeit und Bereitschaft der Sprachgemeinschaft zur Veränderung nicht *a priori* in Abrede stellen.

Zweitens bezweifelt Knobloch, dass sich tatsächlich jemand durch herabwürdigende Sprache diskriminiert fühlt. Er macht dies explizit, wenn er der US-amerikanischen Debatte um „political correctness“ zugesteht, maßgeblich von Betroffenen initiiert und mitgetragen worden zu sein, nicht aber der deutschen.

Wenn er damit Recht hätte, wäre einerseits die moralische Bewertung von Sprache an sich hinfällig (These 1), andererseits gäbe es ohne Betroffene keine Möglichkeit, die für die Anwendung der Goldenen Regel (These 2) nötige Perspektivumkehr (These 4) zu erreichen.

Worauf Knoblochs Einschätzung gründet, ist schwer nachzuvollziehen. Er ist sich entweder nicht bewusst, oder gibt vor, sich nicht bewusst zu sein, dass sich die Betroffenen von herabwürdigender Sprache mit ihren Perspektiven oft und ausführlich zu Wort gemeldet haben, und zwar sowohl in wissenschaftlichen Publikationen, als auch in praktischen Handreichungen. Für die Wissenschaft nenne ich hier exemplarisch die lange Tradition der feministischen Linguistik, die in Deutschland mit Pusch und Trömel-Plötz (1980) begann und die in Hunderten von Forschungsbeiträgen von vor allem weiblichen SprachwissenschaftlerInnen dokumentiert ist, und die rassismuskritische Sprach- und Kulturwissenschaft (z. B. das enzyklopädische Standardwerk Arndt & Ofuately-Alazard (2011) und das populärwissenschaftliche Standardwerk Sow (2018 [2008])). Für die Leitfäden nenne ich hier den der „Neuen Deutschen Medienmacher“ zur rassistischen und im weiteren Sinne fremdenfeindlichen Sprache (2107) sowie die Handreichung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (2017) zu behindertenfeindlicher Sprache und Symbolik.

Dass Knobloch diese Literatur nicht als Äußerung von Betroffenen zählen lassen will, könnte in einer schlichten Unkenntnis begründet sein. Ich habe aber den Eindruck, dass er viel grundsätzlicher die Präsenz diskriminierter Gruppen in der Gesellschaft ausblendet oder zumindest deren Diskriminierungserfahrungen infrage stellt. Wenn er die Diskussion um rassistisches Vokabular im Deutschen für weniger wichtig hält als die Beseitigung der „fortdauernden sozioökonomischen Macht-, Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Kontrollverhältnisse in den ehemaligen Kolonien“, dann ergibt diese Gegenüberstellung nur dann Sinn,

wenn es die Bevölkerung dieser Kolonien wäre, die von rassistischem Vokabular betroffen wäre, und nicht die teilweise seit Generationen in Deutschland lebenden Schwarzen Menschen und People of Color, die mit den ehemaligen Kolonien nicht mehr zu tun haben als Knobloch oder ich. Und wenn er „Frauen, sexuelle Minderheiten, kolonialisierte Ethnien [und] Migrant*innen“ als „symbolisch-kulturelle Identitätsgruppen“ bezeichnet, deren Mitglieder „in allen sozialen Lagen und Schichten“ zu finden seien, scheint er damit ökonomische Ungleichheit als einzig relevante Dimension der Diskriminierung zu akzeptieren.

Drittens bestreitet Knobloch eine Asymmetrie im Inventar herabwürdigender Ausdrücke. Er stellt fest, dass „Benennungsoptionen, die positive oder negative Bewertungen in das benennende Konzept einmischen“ nicht nur für diskriminierte Gruppen existieren (er nennt *Frau*, *Tussi*, *Alte*, *Dame*, *Weib*), sondern „für fast alles“. Er belegt dies mit den Wörtern *Haus*, *Hütte*, *Bude* und *Palast*. Wenn er recht hätte, würde das zumindest These 5 entkräften, die ich in meinem Essay als Beleg für die strukturelle Diskriminierung bestimmter Gruppen anführe.

Um sein Argument plausibel zu machen, müsste er allerdings statt negativ konnotierter Wörter für Gebäude an dieser Stelle negativ konnotierte Wörter für Männer nennen. Wenn man die Wortfelder „Mann“ und „Frau“ vergleicht, stellt man aber fest, dass es wesentlich mehr abwertende Wörter für Frauen gibt, als für Männer (z. B. Schulz 1975), und dass Wörter für Frauen, nicht aber für Männer, einem kontinuierlichen Pejorisierungsprozess ausgesetzt sind (z. B. Nübling 2011). Auch im Bereich rassistischer Sprache steht außer Frage, dass es mehr herabwürdigende Begriffe für diskriminierte Gruppen gibt als für nicht-diskriminierte, und dass deren herabwürdigende Konnotationen stärker sind. Ich zähle in meinem Essay ja ausführlich Beispiele dafür auf, und auch in der Lexikografie sind diese Asymmetrien insgesamt so gut dokumentiert, dass sie nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden können.

Vielleicht deshalb argumentiert Knobloch weiter, dass derartige Asymmetrien dort, wo sie „anscheinend“ doch existieren, ein Symptom dafür seien, „dass die Mächtigen und Bevorrechtigten keine politisch artikulierten Gegner haben (oder diese Gegner nicht öffentlich zu Wort kommen)“. Ich kann ihm nur zustimmen, dass sprachliche Asymmetrien ein Ergebnis unterschiedlicher Machtverteilungen im Diskurs sind – eben deshalb rege ich ja die Perspektivumkehr der Goldenen Regel an. Ich kann ihm nicht zustimmen, dass es keine artikulierten Gegner gibt, wohl aber, dass diese nicht ausreichend zu Wort kommen. Hinzu kommt, wie oben bereits diskutiert, dass sie dort, wo sie zu Wort kommen, oft ignoriert werden.

Die Frage ist, was aus dieser Einsicht folgt. Wenn ich Knobloch richtig interpretiere, würde er hier eher an der Machtverteilung ansetzen wollen als am Sprachgebrauch. Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, marginalisierten Gruppen mehr Gehör zu verschaffen, bzw. es zuzulassen, wenn sie es selbst tun.

Aber damit ändern sich nicht automatisch negative Konnotationen bestehender Wörter, und es kommen auch nicht automatisch negativ konnotierte Wörter für die bislang dominante Gruppe hinzu. Die sprachliche Ungleichheit würde also auch bei einem (hypothetischen) stärkeren Zugang diskriminierter Gruppen zum öffentlichen Diskurs bestehen bleiben. Ich würde deshalb dabei bleiben, dass sie als eigenständiges Problem behandelt werden kann und muss. Auf jeden Fall schließt eine (hypothetische) Veränderung von materiellen Machtverteilungen nicht aus, sprachliches Handeln als moralisches Problem zu betrachten.

Da Knobloch insgesamt nicht glaubt, dass sich diskriminierende Wörter aus dem Sprachgebrauch überhaupt entfernen ließen, macht er zwei Alternativvorschläge für den Umgang mit diskriminierender Sprache die ich zum Abschluss kurz kommentieren möchte.

Zum einen regt er an, diskriminierte Gruppen sollten herabwürdigende Wörter „umdrehen“, indem sie sie als „stolze Selbstbezeichnung“ übernehmen. Davon abgesehen, dass eine Entscheidung über ein solches Vorgehen ausschließlich bei Mitgliedern der betroffenen Gruppen liegen kann, zeigt die umfangreiche Literatur zur (Wieder-)Aneignung pejorativer Begriffe, dass der Versuch der Aneignung für die betroffene Gruppe risikoreich ist und häufig scheitert (z. B. Herbert 2015). Tatsächlich ist das von Knobloch genannte Beispiel *schwul* eines der wenigen Beispiele überhaupt für eine geglückte Aneignung. Und selbst hier war diese nur teilweise erfolgreich: das Wort wird nach wie vor mit stark pejorativer Konnotation verwendet (z. B. von Fußballfans, siehe Hek 2011), muss also mindestens kontinuierlich gegen eine neue Pejorisation verteidigt werden.

Zum anderen regt er an, herabwürdigenden Sprachgebrauch als Lernanlass zu verstehen. Er zieht zur Illustration Astrid Lindgrens aus den 1940ern stammendes, in Deutschland immer noch beliebtes Kinderbuchs „Pippi auf Taka-Tuka-Land“ heran. Den in meinem Essay erwähnten Kolonialrassismus des Buches sieht er nicht, obwohl dieser nicht gerade subtil ist (vgl. z. B. Eggers 2006, Sow 2018 [2008]: 197 ff., Wollrad 2010), aber die rassistische Sprache erkennt er an. Statt sie zu entfernen, will er sie als „Anlass für Erklärung“ nehmen, wenn er die Bücher seinen Kindern vorliest, damit sie „[f]ortan ... wissen, was mit solchen Ausdrücken verbunden ist“.

Auch hier zeigt sich das oben bereits diagnostizierte Ausblenden der Betroffenenperspektive. Er (und andere, die diesen Ansatz vorschlagen, z. B. Kümmerling-Meibauer und Meibauer 2014) übersehen, dass die deutsche Sprachgemeinschaft eine wachsende Zahl von Schwarzen Kindern umfasst, die keinen literarischen Anlass benötigen, um zu lernen, was mit rassistischen Ausdrücken verbunden ist – sie wissen es bereits, weil sie im Alltag immer wieder mit genau diesen Ausdrücken herabgewürdigt werden (Laja 2008). Dass diese Kinder dasselbe Recht haben wie die von Knobloch oder mir, Deutschlands beliebtestes Kin-

derbuch aufzuschlagen, ohne dort rassistisch auf einen „Anlass für Erklärung“ reduziert werden, ist genau die Art von Einsicht, zu der mein Essay und die darin vorgeschlagene moralische Perspektive auf Sprache beitragen sollen.

Literatur

- Arndt, Susan & Nadja Ofuatey-Alazard (eds.). 2011. *Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache: ein kritisches Nachschlagewerk*. 1. Auflage. Münster: Unrast Verlag.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (Hg.). 2017. *Auf Augenhöhe. Leitfaden zur Darstellung von Menschen mit Behinderung für Medien-schaffende*. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Eggers, Maureen Maisha. 2006. Die Auswirkung rassifizierter (post-)kolonialer Figuren auf die sozialen Identitäten von weißen und schwarzen Kindern in Deutschland. In Marianne Bechhaus-Gerst & Sunna Gieseke (eds.), *Koloniale und postkoloniale Konstruktionen von Afrika und Menschen afrikanischer Herkunft in der deutschen Alltagskultur*, 383–394. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Hek, Alexandra Martine de. 2011. Homophobie im Fußballsport. Fußball und der die das Andere: Ergebnisse aus einem Lehrforschungsprojekt, 68–121. Herbolzheim: Centaurus.
- Herbert, Cassie. 2015. Precarious projects: the performative structure of reclamation. *Language Sciences* 52. 131–138.
- Laja, Modupe. 2008. „Pippi Langstrumpf“ als Lehr-/Lernmittel im Deutschunterricht in der 3. Klasse! Kolonial-rassistische Stereotype in Astrid Lindgrens Werk. Brief an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. goo.gl/WmpB9H
- Kümmerling-Meibauer, Bettina & Jörg Meibauer. 2015. Soll man „schlimme Wörter“ in Kinderbüchern ersetzen?: Normenkonflikte, Figurenrede, Fußnote. In Heidi Hahn, Beate Laudenberg & Heidi Rösch (eds.), „Wörter raus!?:“: zur Debatte um eine diskriminierungsfreie Sprache im Kinderbuch, 14–38. Weinheim: Beltz.
- Nübling, Damaris. 2011. Von der ‚Jungfrau‘ zur ‚Magd‘, vom ‚Mädchen‘ zur ‚Prostituierten‘: Die Pejorierung der Frauenbezeichnungen als Zerrspiegel der Kultur und als Effekt männlicher Galanterie? *Jahrbuch für Germanistische Sprachgeschichte*, 344–362. Berlin: De Gruyter.
- Pusch, Luise & Senta Trömel-Plötz (eds.). 1980. Themenheft: Sprache, Geschlecht und Macht I. (*Linguistische Berichte* 69).
- Pfaller, Robert. 2017. *Erwachsenensprache: Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur*. Originalausgabe. Frankfurt am Main: Fischer.
- Sow, Noah. 2018. *Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus*. Aktualisierte Ausgabe. Norderstedt: BoD [ursprünglich ersch. 2008, Gütersloh: Bertelsmann].
- Schulz, Muriel R. 1975. The semantic derogation of woman. In Barrie Thorne & Nancy Henley (eds.), *Language and sex: difference and dominance*, 64–75. Rowley, MA: Newbury House.
- Vassiliou-Enz, Konstantina, Ferda Ataman, Alice Lanzke, Sina Laubenstein, Shion Kumai (Hg.). 2017. *Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland*. Berlin: Neue deutsche Medienmacher.
- Wollrad, Eske. 2010. Kolonialrassistische Stereotype und weiße Dominanz in der Pippi-Langstrumpf-Trilogie. In Wolfgang Benz (ed.), *Vorurteile in der Kinder- und Jugendliteratur*, 63–77. Berlin: Metropol.